

Stadtverwaltung Heidenau
Bürgermeister / Stadtrat
Dresdner Str. 47
01809 Heidenau

Sehr geehrte Bürgermeisterin,
sehr geehrte Stadträte,

hiermit beantragt die Bürgerinitiative BOD gemäß § 7 der
Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Heidenau, folgenden
Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung
zu setzen:

Antrag zum Gedenken an die Opfer von Krieg, Terror, Diktatoren, Vertreibung
und des Nationalsozialismus

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Heidenau beschließt, eine Gedenkfläche für die
Opfer von Krieg, Terror, Diktatoren, Vertreibung und insbesondere des
Nationalsozialismus in Heidenau, vorzugsweise auf der bestehenden
Gedenkflächen des Heidenauer Nordfriedhofs zu integrieren oder zu
schaffen. Die Integration hat so zu erfolgen, dass ein direktes Betreten der
Gedenkelemente ausgeschlossen ist. Dadurch soll ein würdevolles
Gedenken an die Opfer von Krieg, Terror, Diktatoren, Vertreibung und des
Nationalsozialismus gewährleistet werden. Eine Verlegung von
sogenannten „Stolpersteinen“ im öffentlichen Straßen- und
Gehwegbereich wird künftig abgelehnt.

Begründung:

Das würdige Erinnern an die Opfer von Krieg, Terror, Vertreibung, Diktaturen
und insbesondere des Nationalsozialismus ist eine zentrale kommunale
Aufgabe. Die Stadt Heidenau trägt Verantwortung dafür, dass zukünftige
Generationen die Erinnerung an diese Menschen bewahren und aus der
Geschichte lernen können.

Die Verlegung von Stolpersteinen im öffentlichen Straßenraum wird von vielen
Kommunen kritisch betrachtet. Obwohl Stolpersteine als Projekt bekannt sind,
führt ihre Platzierung im Gehwegbereich dazu, dass Passanten – bewusst oder
unbewusst – über die Namen von Opfern hinweggehen oder sogar darüber
treten. Dies empfinden zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Angehörige und
Gedenkinitiativen als nicht angemessen für ein würdevolles Erinnern.

Ein zentraler Gedenkort auf dem Nordfriedhof bietet hingegen:

- einen würdigen Rahmen, der der Bedeutung des Gedenkens entspricht
- die Möglichkeit der stillen Einkehr und bewussten Auseinandersetzung

mit der Geschichte

- eine klare kommunale Verantwortung und dauerhafte Pflege
- Raum für Gedenkveranstaltungen, Kranzniederlegungen und Bildungsangebote

Durch die Integration weiterer Gedenkelemente oder vergleichbarer Erinnerungszeichen kann das bestehende Gedenkformat sinnvoll weiterentwickelt werden. Die Opfer werden dabei nicht anonymisiert, sondern in respektvoller Form in das kollektive Gedächtnis der Stadt eingebunden. Mit diesem Antrag stärken wir eine klare, würdige und verantwortungsbewusste Erinnerungskultur in unserer Stadt.

Unterzeichnet von den Stadträten der:

BOD



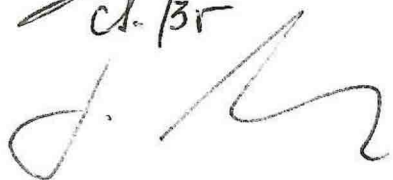
CDU



AfD



Dr. Marc Epler



Peter Kivlen

C. Schmiedel

Ralf Martin

Dr. Marc Epler

Daniel Berthel

Uwe Gellert

Axel Beyer

Gabi Stephan

